

Desintegrationsprozess in der GUS

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1998). *Desintegrationsprozess in der GUS*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 20/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47464>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Desintegrationsprozesse in der GUS

Zusammenfassung

Seit Frühjahr 1997 haben sich die Erosionsprozesse in der GUS dramatisch beschleunigt. Zentrale Ursachen hierfür sind: Die GUS ist weder eine Werte- oder Interessengemeinschaft noch existiert eine äußere oder innere Bedrohung, die von allen Mitgliedstaaten als gemeinsame Gefahr empfunden würde. Angesichts des Scheiterns der bisherigen Integrationspolitik Rußlands gibt es in Moskau Anzeichen für eine Verlagerung des Schwerpunkts bei der Einflußnahme im GUS-Raum auf die Wirtschaftsbeziehungen. Die GUS-Staaten ihrerseits kehren verstärkt ihre spezifischen nationalen Interessen hervor und bilden teilweise regionale Allianzen ohne Beteiligung Rußlands. Die Länder der GUS werden zu einer Zone des freien Wettbewerbs ausländischer Partner, in der auch die Europäer verstärkt aktiv werden sollten.

Zentrale Ursachen für die Desintegrationsprozesse

Seit 1997 haben sich die Desintegrationsprozesse in der GUS dramatisch beschleunigt. Folgerichtig warf Jelzin während des Moskauer GUS-Gipfels vom März 1997 die Frage auf, ob die Mitglieder der Gemeinschaft überhaupt noch an deren Weiterexistenz interessiert seien. Umgekehrt unterzogen auf dem Chi'inäuer Spitzentreffen vom Oktober 1997 mehrere Präsidenten Rußland einer scharfen Kritik: Moskau habe sich als unfähig erwiesen, hieß es im Kern, die GUS zu einer für alle Seiten nutzbringenden Integrationsgemeinschaft gleichberechtigter Staaten zu machen. Die wiederholte Verschiebung des nächsten Gipfels seit Januar 1998, auf dem über eine grundsätzliche Reform der GUS, ihrer Institutionen und Mechanismen beraten werden sollte, ist symptomatisch für die Erosionstendenzen der Gemeinschaft. Zwei Präsidenten (Alijew/Aserbaidshan und Schewardnadse/Georgien) hatten erstmals in der Geschichte der GUS sogar durchblicken lassen, daß sie zu dem für März 1998 vorgesehenen – und dann ausgefallenen – Gipfel überhaupt nicht erscheinen würden. Als der GUS-Gipfel am 29. April 1998 tatsächlich stattfand, bestand sein wichtigster Beschluß darin, den einflußreichen russischen Wirtschafts- und Finanzmagnaten Beresowskij zum Exekutivsekretär der Gemeinschaft zu wählen; die Beratung über eine Reform der GUS wurde auf einen Sondergipfel im Juli 1998 verschoben. Welches sind die zentralen Gründe für das Scheitern der GUS in ihrer bisherigen Form?

- Die Krise der GUS ist *genetisch bedingt*: Die GUS wurde 1991 als Substitut für die aufgelöste Sowjetunion geschaffen, nicht aber auf der Grundlage eines prinzipiell neuen Aufbruchkonzepts. Vor diesem Hintergrund laufen sämtliche – in sich äußerst heterogenen – Integrationsentwürfe ins Leere (z.B. Gemeinschaft mit "verschiedenen Geschwindigkeiten" –

Jelzin; "Eurasische Union" – Nasarbajew). Weder verfügt Moskau bei einem Frankreich und Brasilien vergleichbaren BIP und mäßigen Wachstumsperspektiven über die materiellen Ressourcen für eine Neuintegration noch übt das Land eine entsprechende politisch-kulturelle Anziehungskraft auf seine GUS-Partner aus.

- Der GUS fehlt eine tragende gemeinsame Idee, sie ist *weder Werte- noch Interessengemeinschaft*. Mit der Konsolidierung der Eigenstaatlichkeit laufen daher zwangsläufig auch die Interessen und Politiken der Mitgliedstaaten weiter auseinander – in der Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie in der Außenwirtschaftspolitik und in den kulturellen Beziehungen. Hinzu kommt: Es gibt keine äußere oder innere, globale oder regionale Bedrohung, die von sämtlichen GUS-Mitgliedstaaten als gemeinsame Gefahr empfunden würde. Im Gegenteil – ihre Bedrohungsperzeptionen sind oft inkongruent und sogar gegensätzlich. Das markanteste Beispiel hierfür bilden die Divergenzen über das Verhältnis zur NATO: Während Rußland und Belarus die Allianz als potentielle Bedrohung bewerten, sehen die meisten anderen GUS-Staaten in ihr einen zuverlässigen Sicherheitspartner und suchen eine enge Zusammenarbeit. Zwar werten es die meisten Mitgliedstaaten als Verdienst der GUS, daß die Auflösung der Sowjetunion zivil und nicht nach jugoslawischem Szenario verlief. Gleichwohl verliert die GUS an Glaubwürdigkeit und Kohäsion, weil es in ihrem Rahmen nicht gelingt, einen Durchbruch zur Lösung schwelender und gelegentlich offen ausbrechender Konflikte zu erzielen (Transnistrien, Abchasien, Berg-Karabach).
- Und schließlich: Die Idee einer schrittweisen Wirtschaftsintegration nach dem Muster von EWG/EG/EU ist gescheitert. Starke Unterschiede in Charakter und Tempo der Transformationsprozesse in den GUS-Mitgliedstaaten machen ein Zusammenwirken nach einheitlichen wirtschaftlichen Spielregeln de facto unmöglich. Der objektive Zerfall des sowjetischen Planwirtschaftskomplexes kann durch Schaffung immer neuer Organisationen und Institutionen (Zwischenstaatliche Bank, Währungskomitee, Zollunion etc.) weder rückgängig gemacht noch durch Überspringen der Desintegrationsphase in eine Neuintegration überführt werden. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen sind es vielmehr *natürliche* – und nicht von oben verordnete – Interessen der Wirtschaftssubjekte, von denen frische Impulse für eine Neuintegration ausgehen.

Vor diesem Hintergrund bildet die GUS zwar auch weiterhin ein nützliches Forum zur Koordinierung praktischer Aufgaben (z.B. im Hinblick auf Verkehrsinfrastrukturen) und zur Aussprache über Konfliktzonen in der Region (etwa über Tadschikistan). Als Institution regionaler Integration im post-sowjetischen Raum oder gar als überregionaler politischer, wirtschaftlicher und militärischer Faktor ist die GUS jedoch irrelevant. Offiziellen Angaben zufolge funktioniert nur jedes zehnte der 800 Abkommen, die im Rahmen der GUS geschlossen wurden. Viele von ihnen wurden überhaupt nur von einem Teil der Mitgliedstaaten unterschrieben. Eine solche Kooperation "à la carte" konterkariert alle Bestrebungen nach verstärkter Integration. Daß in der GUS überhaupt Entscheidungen getroffen werden, begründete Usbekistans Präsident Karimow mit bemerkenswertem Zynismus so: "Jeder weiß, daß sie niemals implementiert werden."

Rußland modifiziert seine GUS-Konzeption

Nach Auflösung der Sowjetunion (Dezember 1991) war Rußland von folgender Erwartung ausgegangen: Die Staaten der GUS sind auf sich gestellt nicht lebensfähig und werden sich daher früher oder später erneut eng um Rußland scharen. Zur Förderung solcher Re-Integrationsprozesse schloß Moskau mit den GUS-Mitgliedstaaten bilaterale Verträge, die durch multilaterale Abkommen zur Harmonisierung von Wirtschaft, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Militärstrategie (z.B.: gemeinsame Flugabwehrsysteme) ergänzt werden sollten. Seine GUS-Partner bezeichnete Moskau als "*nahes Ausland*", um damit den besonderen Charakter dieser Beziehungen, sprich: den Anspruch auf spezifische Rechte und Interessen Rußlands in diesem Raum, hervorzuheben. Bei seinem Amtsantritt im Januar 1996 räumte Außenminister Primakow im außenpolitischen Prioritätensystem Rußlands

den Beziehungen zu den Staaten der GUS explizit den ersten Rang ein. Diese Politik ist – auch in den Augen der Verantwortlichen in Moskau – sichtbar gescheitert. Die russische Führung hat heute für ihr zukünftiges Verhältnis zur GUS weder eine Konzeption noch eine Strategie. In dieser Situation gewann die Einsicht an Boden: Der faktische Anspruch Moskaus auf eine Führungsrolle in der GUS und die Bestrebungen, diese durch politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck durchzusetzen, sind kontraproduktiv. Sie wirken als Sprengsatz für die GUS und stimulieren die Mitgliedstaaten eher zu verstärkter Suche nach Partnern außerhalb der GUS. Seit 1997 lassen sich daher in Moskau deutliche Zeichen einer Neubestimmung der GUS-Linie beobachten. Wichtige Merkmale sind:

- Die explizite Betonung, daß Rußland "die Souveränität, die Unabhängigkeit und die Interessen der GUS-Staaten respektiert" (Jelzin im März 1997). Hieraus folgte die Empfehlung, den Terminus "nahes Ausland" fallenzulassen: Die GUS-Staaten unterschieden sich in ihrer Unabhängigkeit und Souveränität in nichts von Großbritannien oder Frankreich, betonte der frühere GUS-Minister Adamischin im Januar 1998.
- Die Konstituierung *subregionaler Zusammenschlüsse* in Form der "Union" Rußland-Belarus und der "Gemeinschaft Integrierter Staaten" Rußland/Belarus/Kasachstan/Kirgistan, beide gegründet im Frühjahr 1996. Aus russischer Sicht bilden sie Kerne einer GUS "mit verschiedenen Geschwindigkeiten", darauf angelegt, der Integration der GUS um Rußland herum frische Impulse zu geben.
- Die Verlagerung des Schwerpunkts bei der Einflußnahme im GUS-Raum auf die Wirtschaftsbeziehungen ("Politische Zusammenarbeit auf ökonomischem Fundament", so der damalige Stellvertretende Ministerpräsident Rybkin im März 1998). Realistischerweise denkt die Moskauer Führung dabei nicht an die Wiederherstellung planwirtschaftlicher, auf Moskau zentrierter Strukturen. Vielmehr geht es ihr darum, die GUS-Staaten durch Stimulierung von Aktivitäten privater russischer Wirtschaftssubjekte ökonomisch zu durchdringen und auf diese Weise Kontrolle und Einfluß zu festigen. Stichworte sind: Steigerung des Handels; Beteiligung an Betrieben, Banken und Pipeline-Netzen; Gründung gemeinsamer Unternehmen und Finanz-Industrie-Gruppen. In diesem Kontext ist die eingangs erwähnte Entscheidung des GUS-Aprilgipfels zu sehen, den Wirtschafts- und Finanzmagnaten Beresowskij mit der Leitung des – bisher einflußlosen – GUS-Exekutivsekretariats zu betrauen.
- Die Konzentration der multilateralen Zusammenarbeit auf die Liberalisierung der Märkte für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräfte, wobei als Etappenziel die Errichtung einer Freihandelszone ins Auge gefaßt wird. Als Vorbild verweisen Jelzin, Tschernomyrdin und andere nicht selten auf die EU-Integration.

Aus westlicher Sicht ist die Moskauer Schwerpunktverlagerung auf die Wirtschaftsbeziehungen positiv zu werten. Sie ist Ausdruck der Tatsache, daß Vertreter mächtiger Wirtschafts-, Finanz- und Handelsgruppen starken Einfluß auf die internationalen Beziehungen Rußlands gewonnen haben. Diese verbinden das Streben nach wirtschaftlichem Erfolg im GUS-Raum mit einer Politik des Interessenausgleichs, der ihren Aktivitäten ein friedliches Umfeld sichert. Freilich sind hier die Übergänge und Querverbindungen zu solchen Teilen der politischen Eliten fließend, die auf das ursprüngliche Ziel einer politischen und militärischen Integration der GUS keineswegs verzichtet haben.

Diversifizierung und Regionalisierung

Im Unterschied zur EU hat die GUS mit Rußland ein in jeder Hinsicht übermächtiges Mitglied in ihren Reihen. Die Folge: Von den kleineren, auf Festigung ihrer Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit bedachten Staaten werden Moskauer Bestrebungen nach vertiefter "Integration" reflexartig als Wiederkehr des traditionellen, in der großrussischen Imperiumsbildung wurzelnden Dominanzstrebens wahrgenommen. Das geschieht nicht ohne Grund, haben sich doch einige unter

ihnen überhaupt erst nach russischer Einmischung in ethno-territoriale Konflikte dieser Länder für die Vollmitgliedschaft in der GUS entschieden (Aserbaidshan/Nagornij Karabach, Moldawien/Transnistrien, Georgien/Abchasien). Im Widerspruch zu den globalen Trends zu Interdependenz, Multilateralisierung und Integration wenden sich die nicht-russischen GUS-Staaten daher gegen eine Integration im Sinne einer Übertragung nationaler Souveränität auf supranationale Institutionen (Beispiel: Ukraine, Aserbaidshan, Usbekistan) oder wollen sie nur dann akzeptieren, wenn auch Rußland Souveränitätsverzicht leistet (Beispiel: Belarus, Kasachstan, Kirgistan). Dies lehnt Moskau strikt ab: Nach dem Verständnis der Jelzin-Administration und der russischen Eliten überhaupt ist es Aufgabe Rußlands, die Staaten des "nahen Auslands" um sich herum zu integrieren, nicht aber – unter Verzicht auf Teile der nationalen Souveränität – in einer supranationalen Staatengemeinschaft selbst integriert zu werden. Da Moskau den Akzent statt dessen auf die Pflege vertikaler Beziehungen zu den GUS-Staaten legt, nahm die Gemeinschaft eher den Charakter eines *Konsultationsklubs der Staatsoberhäupter* an. Vor diesem Hintergrund haben sich die Tendenzen zur Diversifizierung und Regionalisierung in der GUS seit 1997 weiter verstärkt.

Am einschneidendsten ist das Streben der *Ukraine*, in die euro-atlantischen Strukturen eingegliedert zu werden. Mit dem Abschluß der "Charta über ausgeprägte Partnerschaft" Ukraine-NATO vom Mai 1997, der Ratifizierung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit der EU vom März 1998 sowie der eine jahrhundertelange Erbfeindschaft begrabenden "Gemeinsamen Erklärung über Verständigung und Aussöhnung" mit Polen vom Mai 1997 hat Kiew dabei eindrucksvolle Erfolge zu verzeichnen. Paradoxerweise hat gerade die Westorientierung Kiews Rußland zu politischen und wirtschaftlichen Konzessionen an die Ukraine veranlaßt. Moskau weiß: Ohne die Ukraine als dem gewichtigsten – und den Russen emotional nahen – Partner wäre die GUS ein Torso. Bemerkenswert ist auch die erfolgreiche Politik *Aserbaidshans*, durch lukrative Erdölförderabkommen mit westlichen Konzernen seine wirtschaftliche Abhängigkeit von Rußland abzubauen. Besonders hervorzuheben ist dabei die Suche nach alternativen, Rußland umgehenden Transportwegen für das kaspische Erdöl nach Europa (über georgische, türkische und ukrainische Häfen).

Relativ neu ist die Herausbildung einer informellen Achse Georgien/Ukraine/Aserbaidshan/Moldawien (GUAM) mit dem Ziel, unter Umgehung Rußlands gemeinsame Transportkorridore und Kommunikationssysteme zwischen Asien und Europa zu schaffen. Ähnlich wie der 1994 gegründete Zentralasiatische Wirtschaftsraum Kasachstan/Kirgistan/Usbekistan, dessen Erweiterung um Turkmenistan und Tadschikistan im Januar 1998 anvisiert wurde, unterscheidet sich das – mittlerweile auch von Kasachstan unterstützte – GUAM-Projekt grundsätzlich von den erwähnten subregionalen Organisationen unter russischer Dominanz. Während sich diese als Kern und Motor der GUS-Integration verstehen, sind jene weniger auf Zusammenarbeit in der GUS und deren Stärkung ausgerichtet als auf die *genuinen subregionalen Eigeninteressen* und auf Partner außerhalb der Gemeinschaft (GUAM insbesondere mit Blick auf Europa). Über wirtschaftliche Kooperation und die Schaffung von Transportkorridoren hinaus fassen die GUAM-Staaten neuerdings auch eine Abstimmung ihrer Positionen in internationalen Organisationen sowie Konsultationen mit dem Westen zu gemeinsam interessierenden Sicherheitsfragen ins Auge.

Sichtbarer Ausdruck der Diversifizierung sind schließlich die teilweise dramatischen Einbrüche im Handel zwischen den Ländern der GUS. Lag er 1991 im Schnitt bei 82 Prozent des Gesamthandels der GUS-Staaten (und damit weit über dem Intra-EG-Handel), so war er bis 1997 auf 50 Prozent abgesunken. Rußland wickelt heute nur noch rund 25 Prozent seines Handels mit den GUS-Ländern ab – gegenüber 55 Prozent im Jahre 1991. Umgekehrt liegt der Anteil Rußlands am Warenumsatz von Aserbaidshan, Turkmenistan und Usbekistan heute unter 20 Prozent. Insgesamt hat die Dynamik des Wandels zu einer spürbaren und teilweise radikalen Umorientierung der Handelsbeziehungen von Rußland auf außerregionale Länder geführt.

Auch wenn die GUS "zwischen Leben und Tod" balanciert, wie die "Iswestija" jüngst treffend formulierte, so ist mit einem Ableben der postsowjetischen Erbgemeinschaft dennoch zumindest vorerst

nicht zu rechnen. Trotz wachsender prinzipieller Divergenzen sind sämtliche GUS-Staaten bis auf weiteres an ihrer Aufrechterhaltung interessiert – allerdings aus unterschiedlichen Gründen und folglich auch mit differierenden Zukunftsvorstellungen. Die politische Elite *Rußlands* hält bei allen Akzentunterschieden an der Reanimierung der GUS fest. Für sie ist bereits die Existenz der GUS ein Erfolg. Die Schmerzgrenze, bis zu der ein Mangel an Substanz ertragen wird, liegt daher sehr hoch. Zentrale Gründe hierfür sind: Eine Auflösung hätte in Rußland gravierende politisch-psychologische Folgen, da sie als zweiter Zerfall des inneren russischen Imperiums wahrgenommen würde. Darüber hinaus würde sie für Moskau den Verlust eines – wenn auch recht abgestumpften – Hebels zur Einbindung und Beeinflussung der GUS-Partnerstaaten und hier insbesondere der Ukraine bedeuten, deren Eigenständigkeit Moskau bislang nicht wirklich verkraftet hat.

Auch die übrigen GUS-Staaten treten für eine Aufrechterhaltung der Gemeinschaft ein, wie ihre Präsidenten auf dem Spitzentreffen vom April 1998 noch einmal ausdrücklich bestätigten. Sie tun dies vor allem deshalb, weil sie die Wirtschaftsbeziehungen vertiefen und den formalen Rahmen für einen *modus vivendi* mit Rußland erhalten wollen. Ihre konkreten Interessen reichen von der Erwartung preiswerter Energielieferungen (Beispiel: Ukraine) und militärischen Beistands (Armenien) bis hin zur Profilierung als gleichberechtigter Partner einer supranationalen Organisation (Belarus). Viele unter ihnen sind auf das Wohlwollen Rußlands angewiesen und fürchten bei aktiver Teilnahme an einer Sprengung der GUS die vielfachen – und gelegentlich bereits erprobten – Druck- und Sanktionsmittel Moskaus (Kürzung von Energielieferungen; Schüren innerer Konflikte; Aktivierung ethnisch russischer Minderheiten etc.). So wird die GUS als nützliche Konsultationsrunde auch in Zukunft weiterexistieren. Auf den kommenden Gipfeltreffen wird man versuchen, die Organisation durch Verschlinkung effektiver zu machen und die Zusammenarbeit in partiell funktionierenden Bereichen zu verbessern: Verkehr, Luftfahrt, Bildung, Gesundheitswesen. Im übrigen aber werden die fortschreitende Konsolidierung der Staatlichkeit unter den GUS-Mitgliedern sowie die zunehmende Herausbildung subregionaler Zusammenschlüsse unterschiedlicher Kooperationsdichte mit oder ohne Rußland die GUS weiter aushöhlen. Nicht die Festigung der GUS ist ein "natürlicher Prozeß" (Primakow), sondern umgekehrt das Streben der meisten ihrer Mitglieder, den traditionellen Moskauzentrismus zu überwinden. Sie wollen die Beziehungen zu Rußland durch Intensivierung der – teilweise auch militärischen – Zusammenarbeit mit dem Westen ausbalancieren oder sogar in den Hintergrund drängen. Die Länder der GUS werden zu einer *Zone des freien Wettbewerbs* ausländischer Partner.

Konsequenzen für die europäische GUS-Politik

Die Phase, in der der Westen der GUS eine positive Funktion als Ordnungsmacht im postsowjetischen Raum beigemessen hatte (mit Rußland als Hauptgaranten des friedlichen Übergangs), sollte endgültig beendet sein. Westliche Politik steht heute umgekehrt vor der Aufgabe, dem fortschreitenden Zerfall der GUS und der Neugliederung dieser Region verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die materiellen Ressourcen begrenzt sind und vorrangig zur Abstützung der Erweiterung der EU nach Osten eingesetzt werden müssen. Nötig ist eine differenzierende Politik mit folgenden Elementen:

1. Die Partnerschaft mit Rußland hat für westliche Politik auch in Zukunft hohen Rang. Sie schließt die Anerkennung des Umstands ein, daß Rußland im Wettbewerb mit anderen Staaten in der GUS-Region legitime Interessen wahrnimmt (politisch, wirtschaftlich, sicherheitspolitisch und ethnisch-kulturell). Dies setzt jedoch voraus, daß dabei entsprechend den OSZE-Prinzipien die staatliche Unabhängigkeit der GUS-Länder sowie ihre Freiheit der Wahl von *Partnern außerhalb der GUS* von Rußland auch de facto anerkannt wird und daß Rußland die GUS nicht als exklusive Interessensphäre reklamiert. Die Charakterisierung westlichen Engagements im GUS-Bereich als illegitime "Einmischung" ist ihrerseits als Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten zurückzuweisen.

2. In Moskau sollten die Vertreter solcher Konzeptionen ermuntert werden, die den Schwerpunkt der Beziehungen zum GUS-Raum vom Militärischen auf die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen verlagern. Verbunden werden sollte dies mit einem entsprechenden westlichen Engagement, das die russische Präsenz (z.B. in der Ukraine) ausbalanciert und einer wirtschaftlich vermittelten politischen Abhängigkeit einzelner GUS-Staaten von Moskau entgegenwirkt. Zugleich sollte Moskau deutlich gemacht werden, daß sich westliche Politik nicht prinzipiell gegen eine Stärkung der GUS wendet oder gegen eine vertiefte "Integration" um Rußland herum, weder in bilateralem Rahmen (Union Rußland-Belarus) noch auf subregionaler oder regionaler Ebene. Voraussetzung für die Akzeptanz einer solchen Integration wäre freilich, daß sich die beteiligten Länder *aus freien Stücken* für eine solche Lösung entscheiden. "Integration" auf Basis massiver – und von Moskau sanktionierter – Manipulationen und Fälschungen nach dem Beispiel des Verfassungsreferendums vom November 1996 in Belarus wären inakzeptabel.
3. Die GUS sollte auch in Zukunft nicht als internationale Organisation betrachtet und nicht als adäquate Partnerin von EU, WEU und NATO akzeptiert werden. Angesichts der weiter schwindenden Bindekraft der Gemeinschaft empfiehlt sich daher die Ablehnung entsprechender Avancen. Sie werden ausschließlich von Moskau vorgetragen und laufen auf die Absicht hinaus, das Prestige der GUS zu steigern und diese für eigene Ziele zu instrumentalisieren (Beispiel: Vorschlag Kooperation NATO-GUS). Nicht die Legitimierung und Stärkung des künstlichen Gebildes "GUS" sollte Ziel westlicher Politik sein, sondern die Förderung der sich in ihrem Rahmen auf natürliche Weise formenden subregionalen Zusammenschlüsse wie das GUAM-Projekt oder der Zentralasiatische Wirtschaftsraum.
4. Die Staaten der GUS sollten, soweit sie dies wünschen, umfassend unterstützt, der Bildung neuer Einflußzonen sollte entgegengewirkt werden. Stichworte sind: Beiträge zur weiteren Konsolidierung ihrer Staatlichkeit, Ausbau der Infrastrukturen als Voraussetzung für ihre Eingliederung in den Weltmarkt, Förderung subregionaler Zusammenschlüsse, Stärkung der Beziehungen zum Westen und hier insbesondere zu Europa. Dabei sollten diese Staaten ermuntert werden (ähnlich wie es im Hinblick auf die EU-Beitrittskandidaten Ostmitteleuropas geschieht), trotz aller Probleme konstruktive Beziehungen zu Rußland zu pflegen. Deutschland und seine europäischen Partner haben kein Interesse daran, GUS-Staaten gegen Rußland in Stellung zu bringen und in Moskau den Eindruck zu erwecken, als beteiligten sie sich aktiv an der Fragmentierung der Gemeinschaft.
5. Deutschland sollte darauf dringen, die Partnerschaftsverträge der EU mit Staaten der GUS voll auszuschöpfen und damit insbesondere die Ukraine sowie die transkaukasischen und die Kaspianrainerstaaten enger mit Europa zu verklammern. So sollte die Förderung des "Eurasischen Transportkorridor"-Projekts (TRACECA) verstärkt und damit der Anreiz für regionale Kooperation im Raum zwischen Europa und Asien erhöht werden. Weitere Felder des EU-Engagements wären – über die Teilnahme am Pipeline-Bau hinaus – die Unterstützung beim Ausbau von Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen, Hafenanlagen und Telekommunikation. Schließlich sollte die EU eine wichtige Aufgabe darin sehen, zum Aufbau ziviler Gesellschaften in den GUS-Staaten beizutragen, z.B. in den Bereichen Aus- und Fortbildung, Austauschprogramme, Medien, Kulturaustausch, Städtepartnerschaften.

Soweit die Osterweiterung politisch und materiell Ressourcen läßt, könnte sich die EU im GUAM-Raum als "*Dritte Kraft*" engagieren, um perspektivisch den Einfluß Rußlands und der USA auszubalancieren. Damit würde die Union gewissen Erwartungen einer Reihe von GUS-Staaten entsprechen und selbst außenpolitisches Profil gewinnen. Hierbei könnte sich die EU auf die Partnerschaftsverträge stützen, durch die sie mit den meisten GUS-Staaten eng verbunden ist. In diesem Rahmen könnten im Dreieck Europa-GUS-Rußland gemeinsame Projekte verstärkt gefördert oder neu auf den Weg gebracht werden. Beispiele wären: Gemeinsame Kapitalbeteiligungen an Unternehmen des GUS-Raums, insbesondere bei der Erschließung und Ausbeutung von Rohstoffen

und Energiequellen; Nachbesserung unsicherer Kernkraftanlagen; Bekämpfung organisierter Kriminalität. Ein verstärktes Engagement der EU würde nicht zuletzt deshalb zu mehr Stabilität und Kooperation in dieser Region beitragen, weil die Union von den meisten Beteiligten – darunter auch Rußland – als eine Organisation wahrgenommen wird, die keine aggressiven geopolitischen Interessen verfolgt.

Heinz Timmermann

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071